

## **Musterantrag Vermögenssteuern Landtage**

betreffend Einführung bzw. Ausbau vermögensbezogener Steuern

### Begründung

Laut Sozialbericht des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung fast ein Drittel des Geldvermögens in Österreich. Die Hälfte der Privathaushalte besitzt nur 8% des Geldvermögens.

Am Gesamtvermögen Österreichs zeigt sich die Aufteilung drastisch: ein Prozent der Bevölkerung besitzt ein Drittel, gemeinsam mit weiteren neun Prozent besitzen sie zwei Drittel des gesamten Vermögens und 90 Prozent der Bevölkerung teilen sich das letzte Drittel.

Vermögen ist also noch stärker ungleich verteilt als Einkommen aus Arbeit.

Österreich ist bei der Besteuerung von Vermögen OECD-Schlusslicht. OECD und WIFO kritisieren immer wieder den niedrigen Anteil vermögensbezogener Steuern am Abgabenaufkommen in Österreich.

In den USA, Japan oder etwa der Schweiz werden Vermögen drastisch höher besteuert als in Österreich. Österreich ist eines der wenigen Länder, in dem weder eine Erbschaftssteuer, noch eine Börsenumsatzsteuer noch eine umfassende Besteuerung von Vermögen gilt.

In Zeiten der Wirtschaftskrise, die genauso jene trifft, die niedrige Einkommen und kein nennenswertes Vermögen haben, sollen Vermögende einen gerechten Beitrag zum Sozial- und Bildungsstaat leisten.

Es bedürfe einer Umverteilung von den Gutverdienern zu den sozial schwachen, um diese als Verlierer der Wirtschaftskrise zu stützen, fordert auch der Politologe Emmerich Talos (Ö1-Morgenjournal, 8.4.2009)

Würde das Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern von derzeit 0.6% des BIP auf das EU-15 Niveau von 2.1% erhöht werden, brächte das 4 bis 5 Mrd. an Mehraufkommen.

Bundeskanzler **Faymann** steht beim Thema Vermögensbesteuerung auf der Seite von ÖVP-Finanzminister Pröll, der sich als Schutzpatron der Reichen sieht und Vermögenssteuern strikt ablehnt. Faymann ist gegen eine höhere Besteuerung auf Vermögen, weil dies im Regierungsprogramm nicht vorgesehen sei. Dass die 100 Milliarden Euro Kredithaftung für die Banken auch nicht im Regierungsprogramm stehen, scheint er übersehen zu haben.

In der SPÖ werden die Stimmen für eine stärkere Besteuerung von Vermögen immer lauter:

SPÖ-Steiermark Vorsitzender Franz **Voves** am 30.3.09 (ORF): Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) will, dass Vermögen höher besteuert wird. "Österreich hat die unglaubliche Summe von 3,44 Billionen Euro an Geldwert- und Sachwertvermögen.

Und jetzt muss man sich vorstellen, dass wir darauf nur 0,1 Prozent Steuern haben. Die OECD hat 0,4 Prozent im Schnitt. Wenn man um 0,2 Prozentpunkte auf 0,3 anhebt, ist man noch immer unter dem OECD-Durchschnitt, dann würde das sieben Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen bedeuten", rechnet Voves vor.

Der designierte FSG-Vorsitzende Wolfgang **Katzian** im Kurier-Interview vom 7.4.09: „Wir müssen Vermögen und dessen Zuwachs stärker besteuern. (...) Eine Bewegung die die Sozialdemokratie, die sich für Arbeitnehmer einsetzt, wird sich schwer tun, auf Vermögenssteuern zu verzichten.“

AK-Präsident Herbert **Tumpel** im Presseinterview vom 6.4. „Die Diskussion über Steuergerechtigkeit muss immer wieder geführt werden. Ich suche bei allen politischen Gruppierungen Unterstützung für eine gerechtere Steuerstruktur.“ (...) Presse: „Also lieber Vermögensbesteuerung statt Sparpakete?“ Tumpel: „Ja, natürlich.“

Der Wiener SPÖ-Bürgermeister **Häupl** kann sich nicht wirklich entscheiden, was er will, er will zwar von neuen Vermögenssteuern nichts wissen („Zusätzliche Steuern in der Krise nicht sinnvoll“, Ö1-Morgenjournal, 8.4.2009), spricht sich aber für eine Vermögenszuwachssteuer aus (Österreich, 8.4.2009):

"Die Lasten sind schon jetzt sehr ungerecht verteilt. Voriges Jahr wurde etwa die Vermögenszuwachssteuer zur Finanzierung des Gesundheitssystems in der früheren Koalition paktiert. Warum sie jetzt nicht umgesetzt wird, ist nicht nachvollziehbar. Ich habe diese Vereinbarung nicht vergessen, andere offenbar schon."

### Antrag

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend mit der Forderung nach Einführung bzw. Ausbau vermögensbezogener Steuern an die Bundesregierung heranzutreten.